

A1 Stresstest Demokratie

Gremium: Landesvorstand, Sebastian Striegel (KV Saalekreis)
Beschlussdatum: 09.04.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Demokratische und rechtsstaatliche Institutionen 2 krisenfest machen, Beteiligung ausbauen, 3 Zivilgesellschaft stärken und unterstützen

4 Weltweit stehen Demokratien unter Druck und müssen sich angesichts multipler
5 Krisen unserer Zeit bewähren. Auch in Europa und der Bundesrepublik Deutschland
6 haben die ineinander gehenden, massiven und zum Teil maßgeblichen
7 Herausforderungen – u.a. einer sich verschärfenden Klimakrise,
8 Verteilungskonflikte, nachwirkende Effekte der Pandemie, globale Unsicherheit
9 durch Kriege und Terror – demokratische Akteure und Prozesse, rechtsstaatliche
10 Institutionen und die öffentliche Meinungsbildung unter Stress gesetzt.

11 Insbesondere von den Diktaturen Russland und China gehen in diesen Zeiten
12 Destabilisierungs- und Desinformationskampagnen aus, die gezielt auf die
13 öffentliche Meinungsbildung in demokratischen Gesellschaften weltweit, in Europa
14 und auch der Bundesrepublik zielen.

15 Wir erleben angesichts der Unsicherheit von Außen und Verunsicherung im Innern
16 verstärkten Zuspruch für politische Akteur*innen, die einfachste Lösungen
17 versprechen. Diese suchen die Schuld für bestehende Probleme bei anderen und
18 versuchen das Vertrauen in demokratische Institutionen und rechtsstaatliche
19 Verfahren gezielt zu untergraben und zu zerstören.

20 Wir nehmen besorgt zur Kenntnis, dass sich das Vertrauen gegenüber
21 Politiker*innen allgemein, gewählten Regierungen und Parlamenten aber auch
22 demokratischen Institutionen per se verringert hat. Teile der Bevölkerung haben
23 das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz demokratischer Akteure verloren.

24 Wir sehen hohe Umfrageergebnisse und Wahlerfolge für die extrem rechte AfD auf
25 Ebene der Kommunen, in den Ländern sowie im Bund.

26 Die Ursachen für diese Entwicklungen sind vielfältig. Wir setzen ihnen deshalb
27 nicht eine Maßnahme, sondern ein Bündel an Ideen entgegen, weil wir überzeugt
28 sind: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind es wert, verteidigt zu werden.

29 Demokratie ist der Grundstein für eine Gesellschaft, in der alle Menschen sich
30 frei entfalten können. Demokratie lebt davon, dass sich die Bürger*innen
31 einbringen, mitbestimmen und aktiv an der gesellschaftlichen Meinungsbildung
32 mitwirken. Demokratie ist kein Sport für Zaungäste und Kritik an der Ampel in
33 Berlin oder der Landesregierung in Magdeburg ist nicht genug. Demokratie braucht
34 das Mittun aller: in unseren Kommunen, in Sachsen-Anhalt, in der ganzen
35 Bundesrepublik und auch in Europa.

36 Demokratie ist eine Herausforderung, manchmal eine Zumutung. Demokratie
37 ermöglicht den lebendigen Wettstreit um die besten Positionen und Ideen. Wo aber

38 dieser Wettstreit zunehmend in einem Umfeld des Hasses, der Hetze, der
39 Diskriminierung und Verrohung stattfindet, ist nicht nur eine angemessene
40 öffentliche Debatte, sondern letztlich auch die Demokratie selbst in Gefahr. Aus
41 verhetzenden Worten im Netz und auf der Straße werden Gewalttaten, wird rechter
42 Terror. Aus rassistischen Phantasien rechtsextremer Akteure werden konkrete
43 Pläne, wie sie beim Deportationstreffen u.a. der AfD in Potsdam wenig
44 überraschend zusammengetragen und diskutiert wurden.

45 Mehr als vier Millionen Menschen sind in den vergangenen Monaten gegen die AfD
46 und den gesellschaftlichen Rechtsruck unter dem Motto #niewiederistjetzt auf die
47 Straße gegangen. Überall, auch in Sachsen-Anhalt, haben Menschen in kleinen und
48 in großen Orten, in Städten und Dörfern für unsere Demokratie demonstriert: In
49 Salzwedel, in Gardelegen, in Tangerhütte, in Burg, in Haldensleben, in
50 Magdeburg, in Schönebeck, in Osterode, in Stapelburg, Wernigerode, Halberstadt,
51 Blankenburg, Quedlinburg, Aschersleben, Dessau, Wittenberg, Bitterfeld, Halle,
52 Sangerhausen, Eisleben, Schkopau, Schnellroda, Weißenfels, Naumburg, Zeitz und
53 anderswo.

54 Diese Demonstrationen haben die von der AfD in die Welt gesetzte Lüge, sie seien
55 das Volk und eine Mehrheit in diesem Lande stünde hinter ihr, zusammenbrechen
56 lassen. Diese Demonstrationen haben Menschen, gerade in den ländlichen Räumen,
57 neuen Mut gebracht, gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und
58 andere Formen der Ausgrenzung zusammenzustehen. Sie haben Menschen vernetzt und
59 zum (kommunal-)politischen Engagement ermutigt. Die mit Abstand größten
60 Demonstrationen seit 1990 blieben bislang aber ohne politische Konsequenz. Die
61 Forderungen der Demonstrierenden nach Stärkung der demokratischen Institutionen,
62 Nutzung von Instrumenten der wehrhaften Demokratie gegen Verfassungsfeind*innen,
63 Unterstützung der Zivilgesellschaft und einer Verhinderung des Rechtsrucks
64 unserer Gesellschaft sind bislang verhallt. Das muss sich ändern. Und dafür
65 wollen wir als Grüne in Sachsen-Anhalt eintreten.

66 **Den Rechtsstaat verteidigen, demokratische** 67 **Institutionen krisenfest machen**

68 Angesichts von (kommunalen) Wahlerfolgen und hohen Umfragewerten für eine
69 verfassungsfeindliche Partei wie der AfD reicht es nicht aus,
70 zivilgesellschaftliche Demonstrationen und bürgerschaftlich, antifaschistisches
71 Engagement zu begrüßen. Demokratie und Rechtsstaat müssen gegen die Feind*innen
72 der Freiheit wehrhaft werden. Das Instrumentarium dafür ist da. Wir streiten
73 dafür, den von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes bereitgestellten
74 Instrumentenkoffer der wehrhaften Demokratie zu nutzen und, wo notwendig,
75 auszubauen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und die AfD darf nicht Anliegen
76 von Zivilgesellschaft allein sein, sondern muss endlich auch als staatliche
77 Aufgabe ernstgenommen werden.

78 Der Entzug der Parteienfinanzierung für eine verfassungsfeindliche Partei oder
79 die Feststellung deren Verfassungswidrigkeit ist nicht nur eine politische,
80 sondern zuvörderst eine juristische Frage. Entscheidungen über entsprechende
81 Anträge der zuständigen Verfassungsorgane Bundestag, Bundesregierung oder
82 Bundesrat müssen auf Grundlage gefestigter Erkenntnisse getroffen werden.

83 Wir fordern deshalb, eine bundesweit zentrale Task Force einzurichten, die
84 Erkenntnisse der Verfassungsschutzämter und der Zivilgesellschaft zur AfD und
85 verfassungsfeindlichen Bestrebungen ihrer Mitglieder fortlaufend zusammenführt
86 und parallel ihre Relevanz für einen Verbotsantrag bewertet. Ein etwaiges
87 Verbotsverfahren braucht eine umfangreiche Materialsammlung mit handfesten
88 Beweisen für die Verfassungsfeindlichkeit der Partei. Nur auf Grund einer
89 solchen Materialsammlung können die Erfolgsaussichten für einen Verbotsantrag
90 oder einen Entzug der Parteienfinanzierung juristisch fundiert beurteilt werden.

91 Wir fordern den Landtag von Sachsen-Anhalt auf, den Blick noch in dieser
92 Legislaturperiode auf verfassungs- und parlamentsrechtliche Fragestellungen zu
93 lenken, mit denen das Parlament seine Krisenfestigkeit auch für den Fall erhöhen
94 kann, dass eine rechtsextreme Fraktion stärkste Kraft wird oder mehr als ein
95 Drittel der Mandate erringt. Wir werden uns mit unseren Abgeordneten im Landtag
96 dafür einsetzen, eine konstruktive Debattenkultur zu stärken, und denjenigen
97 entgegenzutreten, die im Parlament nur eine Bühne für verfassungsfeindliche
98 Propaganda suchen.

99 Wir setzen uns dafür ein, das Verfassungsgericht des Landes noch resilienter zu
100 machen. Wir wollen neben der bereits auf Ebene der Verfassung geregelten
101 Zusammensetzung und dem Wahlmodus auch die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit
102 des Verfassungsgerichts weiter absichern und dazu die Organisationshoheit und
103 die Bindungskraft seiner Entscheidungen unmittelbar in der Verfassung verankern.

104 Wer sich als Beamt*in in den öffentlichen Dienst stellen will, unterliegt
105 besonderen Treuepflichten gegenüber der Verfassung. Wir sichern ab, dass nur
106 diejenigen zu Beamt*innen ernannt werden können, die Gewähr für die Einhaltung
107 dieser besonderen Treuepflicht bieten. Wer sich als Beamt*in
108 verfassungsfeindlich betätigt, muss aus dem Dienst entfernt werden. Für einen
109 effizienteren Vollzug wollen wir die Zuständigkeit für Disziplinarverfahren in
110 der Landesverwaltung bündeln. Wir werden zudem alle rechtlichen Möglichkeiten
111 nutzen, um Mitglieder erwiesener extremistischer Parteien aus dem Staatsdienst zu
112 entfernen.

113 Eine besondere Rolle bei der Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
114 kommt staatlicherseits der Polizei zu. Wir wollen auch die Polizei als
115 Institution demokratiefest machen. Dafür stärken wir die Fehlerkultur der
116 Organisation, setzen Schwerpunkte in der Aus- und Fortbildung um demokratische
117 Werte der Beamt*innen zu stärken und schaffen das Amt eines*einer unabhängigen
118 Polizeibeauftragten.

119 Mit Blick auf mögliche Wahlerfolge verfassungsfeindlicher Kandidat*innen in den
120 Kommunen muss auch auf kommunaler Ebene nachgesteuert werden. Kommunen sind
121 keine rechtsfreien Räume. Um Freiheit und Demokratie auch bei rechtsextremen
122 Mehrheiten in den Kommunalparlamenten bzw. bei rechtsextremen
123 Bürgermeister*innen und Landrät*innen strukturell zu sichern, wollen wir einen
124 Kontrollmechanismus für die kommunale Ebene erarbeiten und die
125 kommunalaufsichtsrechtlichen Möglichkeiten stärken.

126 Wir wollen Verfassungsfeind*innen konsequent entwaffnen. Dabei setzen wir auf
127 restriktive Regelungen einerseits und einen effizienten Vollzug andererseits.
128 Wir fordern, die Waffenbehörden in Sachsen-Anhalt personell besser auszustatten.

129 **Transparenz schaffen, demokratische Beteiligung** 130 **ausbauen**

131 In unseren Städten und Gemeinden wird Demokratie vor Ort gelebt. Am 9. Juni 2024
132 wählen wir auch in Sachsen-Anhalt die kommunalen Vertretungen neu. Als
133 Bündnisgrüne gehen wir mit knapp 500 Kandidierenden, darunter mehr als 40
134 Prozent Frauen, in den Kampf um 749 Ämter.

135 Wir wollen, dass in den neu gewählten kommunalen Vertretungen mehr Transparenz
136 für Bürger*innen herrscht. Wir setzen uns dafür ein, die Gremiensitzungen aller
137 Kommunalparlamente live zu übertragen und im Nachhinein digital abrufbar zu
138 gestalten, um die Information aller Bürger*innen zu ermöglichen. Anträge,
139 Drucksachen, Stellungnahmen und Informationen sollen online für alle
140 Interessierten abrufbar sein.

141 Wir begrüßen, dass erste Kommunen bereits mit der aktualisierten und digitalen
142 Bereitstellung ihres Kommunalrechts begonnen haben. Entsprechende Angebote
143 wollen wir landesweit etablieren.

144 Niemand ist Einwohner*in zweiter Klasse! Wer von Herrschaft betroffen ist, muss
145 deshalb auch mitentscheiden können. Daher streiten wir für ein Wahlrecht aller
146 dauerhaft in einer Kommune wohnenden Bürger*innen ab 14 Jahren unabhängig von
147 der Staatsangehörigkeit.

148 Selbiges gilt für die Möglichkeit, Bürger*innenbegehren sowie
149 Bürger*innenentscheide zu beantragen. Das Instrument der Bürger*innenhaushalte
150 mit einer direkten Möglichkeit der Einflussnahme der Bürger*innen auf die
151 Ausgaben in der Kommune wollen wir weiterentwickeln und ausbauen.

152 Die auch auf bündnisgrüne Initiative in den letzten Jahren abgesenkten Quoren
153 für Elemente der direkten Demokratie haben sich bewährt.

154 Neben bereits etablierten Instrumenten direkter Demokratie setzen wir auf neue
155 Partizipations- und Beteiligungsformen für Bürger*innen. Ein Instrument der
156 Bürger*innenbeteiligung im Dialogformat stellen so genannte Bürger*innenräte
157 dar. Sie werden per Zufallsverfahren zusammengerufen, um die Vielfalt der
158 Bevölkerung abzubilden und diskutieren zu ausgewählten Themen lokaler oder
159 überörtlicher Bedeutung über einen begrenzten Zeitraum. Ihre Hinweise und
160 Empfehlungen sollen dann die Institutionen bzw. die gewählten Räte in der
161 Entscheidungsfindung gerade über kontroverse Fragen begleiten, beraten und
162 stärken, aber nicht deren Entscheidung ersetzen.

163 **Zivilgesellschaft stärken und unterstützen**

164 Sachsen-Anhalts Zivilgesellschaft ist vielfältig und stark. Damit sie weiter
165 wachsen kann, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, für die alle
166 staatlichen Ebenen Verantwortung übernehmen müssen.

167 Wir appellieren deshalb an unsere Partner auf Bundesebene, das im
168 Koalitionsvertrag vereinbarte Demokratiefördergesetz endlich im Bundestag zu
169 beschließen. Es sichert eine nachhaltige Finanzierungsperspektive für
170 Demokratieinitiativen und -projekte im gesamten Land.

171 Auch auf Landesebene braucht es Verlässlichkeit: Wir wollen die politische
172 Bildung stärken und die Förderung für die im Beratungsnetzwerk des Landes
173 organisierten Initiativen, Verbände und Organisationen verstetigen und ausbauen.
174 Die Projekte zum Monitoring extrem rechter, rassistischer, antisemitischer und
175 weiterer Aktivitäten mit Bezug zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wollen
176 wir ausbauen.

177 Wir stehen zum Landesnetzwerk Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage.

178 Wir fordern die Landesregierung auf, die Servicestelle Kinder- und Jugendschutz
179 zu erhalten.

180 Ob Heimatverein, Omas gegen Rechts, Umweltverband, Klimainitiative oder
181 Sportverein. Die Verteidigung einer demokratischen Gesellschaft ist Aufgabe
182 aller Akteur*innen in der Zivilgesellschaft. Wir befähigen sie dazu.

183 **Eine starke und offene Gesellschaft wächst im** 184 **Kleinen und vor der eigenen Haustür**

185 Der gerade in dieser Zeit notwendige Zusammenhalt in unserer Gesellschaft
186 entsteht, wenn Menschen gemeinsame Erfahrungen machen und andere Perspektiven
187 kennenlernen können. Begegnungen und Interaktionen stärken das
188 Gemeinschaftsgefühl, verringern Berührungängste und sind die beste Prävention
189 gegen Vorurteile und Ignoranz. Unsere Gesellschaft funktioniert nur im
190 gegenseitigen Verständnis für die Lebensumstände anderer und das Suchen nach dem
191 gemeinsamen Fundament.

192 In der eigenen Straße, dem gemeinsamen Dorf oder Kiez entsteht Gemeinschaft und
193 Gemeinsinn, auch und gerade in schwierigen Zeiten. Uns ist bewusst:
194 Nachbarschaft hat eine starke soziale Bindungskraft und trägt ein großes
195 Potential in sich. Damit diese Nachbarschaft in Stadt und Land gelebt werden
196 kann, braucht es öffentliche Räume, Orte, Treffpunkte und Einrichtungen in denen
197 Nachbarschaft stattfinden kann. Wir setzen uns daher für eine Art von Stadt- und
198 Ortsentwicklung ein, die den Menschen und soziale Interaktionen in den Fokus
199 nimmt. Wir setzen auf Orte der Begegnung, auf mehr Raum für Straßen- und
200 Vereinsfeste und ihre unbürokratische und hürdenarme Beantragung. Darüber hinaus
201 wollen wir mehr Orte der Begegnung in öffentlichen Einrichtungen fördern und
202 erhalten, sei es in Kunst- und Kultureinrichtungen, Bibliotheken oder durch die
203 Förderung von Genossenschaftsmodellen für den Erhalt der Dorfkneipe.

204 Die sachsen-anhaltische Zivilgesellschaft ist schon heute stark und breit
205 aufgestellt. Sport-, Kultur- und Heimatvereine, Bürger*inneninitiativen und lose
206 Nachbarschaftsgruppen schaffen schon heute Möglichkeiten der Begegnung. Und
207 daher sind sie der beste Kitt für den Zusammenhalt dieser, unserer Gesellschaft.